

Es gilt das gesprochene Wort!

26. März 2012

Roland Mitschke

Vorsitzender der CDU-Fraktion in der RVR-Verbandsversammlung  
zum RVR-Haushalt 2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Frau Regionaldirektorin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

*Einstieg anders*

mit dem heute zu verabschiedenden Haushalt des RVRs für das Jahr 2012 liegt uns der erste Plan vor, den die neue Regionaldirektorin, Frau Geiß-Netthöfel zu verantworten hat. Im Vergleich zu den Plänen des Vorjahres, noch unter der Verantwortung von Regionaldirektor Klink, merke ich an „Neue Besen scheinen gut zu kehren“. Diese Vorbemerkung soll keine Euphorie auslösen sondern einen gewissen Vertrauensvorschuss signalisieren, der durch konkretes Handeln weiter zu untermauern ist. Dies muss sich bei der Umsetzung des Haushaltes zeigen. Zwar ist schon viel erreicht, wenn in einer Reihe von Zielen Konsens erreicht wird, gleichwohl kann man über die Effizienz unterschiedlicher Wege streiten. Auf diesen Streit wollen wir heute aber nicht [hinaus].

Die CDU-Fraktion im RVR erkennt an, dass die Regionaldirektorin sich bemüht, den Verband in Richtung Metropole Ruhr zu führen, ihm eine Richtung, ihm ein Gesicht zu geben. Wir stehen zu dem einstimmigen Beschluss der Verbandsversammlung von 2008:

„Wichtigste Klammer und Bündelungsinstanz für die gemeinsamen Interessen und Aufgaben der Metropole Ruhr ist der Regionalverband [Ruhr]. Er trägt dafür Sorge, dass die Interessen der Großstädte im Kernruhrgebiet ebenso Berücksichtigung finden wie die Interessen des Ballungsrandes. Ein loser Städteverbund [- auch nicht der Verbund von Dezernenten, ach

nicht von Oberbürgermeistern -] kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden und würde letztlich auf eine Dominanz der Großen hinauslaufen“

Weiter heisst es:

„Wegen des hohen Konsensbedarfes bei Entscheidungen für die Region und die sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen hat sich die parlamentarische Verfasstheit des Regionalverbandes bewährt.“

und an anderer Stelle:

„Regionale Kooperation ist auch ein wirksamer Beitrag zur Überwindung der dramatischen Haushaltslage“

Für uns sind dies Kernsätze in der Beschreibung des Selbstverständnisses des Verbandes, denen alle – bis auf Ex-Oberbürgermeister Langemeyer – zugestimmt haben. Von einer mitbestimmenden Runde der Oberbürgermeister- und Landräte ist da keine Rede.

Frau Geiß-Netthöfel, es hat uns imponiert, dass Sie gleich in den ersten Monaten Ihrer Amtszeit in aller Öffentlichkeit deutlich gemacht haben, wo und wie regionale Entscheidungen fallen und dass der Verband seine Rolle als Sprachrohr der Region wahrnehmen muss. Wer den Regionalverband führt, braucht die Augenhöhe mit den Oberbürgermeistern.

Das Ende der Ära Langemeyer/Klink ist deutlich geworden. Sechs Jahre Stillstand sind hoffentlich vorbei. Jetzt muss der Verband die Kompetenz unter Beweis stellen, die gerade von denjenigen in verschiedenen Rathäusern in Zweifel gezogen wird, die für die Personalentscheidungen von 2005 hier im Hause mitverantwortlich sind.

Wir nehmen gern zur Kenntnis, dass die Periode der Zauderer und Zögerer sich dem Ende zu neigen scheint. Nach einem halben Jahr der Tätigkeit der neuen Regionaldirektorin und im Blick auf verschiedene Positionen des Haushaltsplanes nimmt die CDU-Fraktion zur Kenntnis, dass sich einiges tut.

4. Der Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 57 Mio. € sieht bei unverändertem Hebesatz eine höhere Umlage der Mitgliedskörperschaften von 3,9 Mio. € vor. Damit partizipiert der Verband an der verbesserten Einnahmesituation der Kommunen und

kann der vom Gemeindeprüfungsamt attestierten chronischen Unterfinanzierung entgegen wirken. ~~In der Kommunalpolitik, besonders bei einigen Landräten, aber auch in den Fraktionen – auch in unserer – hat dies zu Diskussionen geführt.~~ ~~Abgesehen von projektbezogenen Fördermitteln, hat der Verband keine andere Finanzierungsmöglichkeit. Unterstellt, dass alle Sparpotentiale ausgeschöpft sind, war für unsere Positionierung die Verwendung der Mehreinnahme ausschlaggebend.~~ ~~Von den 57 Mio. € kommen rd. 47 Mio. € aus der Umlage. In Essen z.B. entsprechen die 6,2 Mio. € = 0,28 % der Aufwendungen des Haushaltsplans. Pro Einwohner und Jahr sind dies etwa 10,80 €.~~

Teilweise im Einstiegs  
verwendet,  
anders

2. Übrigens, wir wollen nur eine Umlage. Eine deren Verwendung parlamentarisch kontrolliert wird, wenn der Verwendungszweck sich auf die ganze Region bezieht. Dies gilt z.B. für die Vorbereitung der Bewerbung um die Europäische Kulturhauptstadt genauso wie für den sogen. BauKulturPlan oder auch den gerade mit Unterstützung der NRW-Bank herausgegebenen Regionalen Wohnungsmarktbericht. Das Zustandekommen regionaler Projekte darf nicht vom Wohlwollen einzelner kommunaler Dezernenten abhängig sein. Wir wollen auch nicht, dass bei solchen - vielleicht pragmatischen - Finanzierungslösungen die Transparenz auf der Strecke bleibt.
3. Es wurde deutlich – 8 Jahre nach entsprechender Beschlussfassung in der Verbandsversammlung – ein Referat „Europäische und regionale Netzwerke Ruhr“ beim RVR eingerichtet. Noch keine eigene Vertretung in Brüssel, aber ein erster Ansatz, von dem wir uns einen Mehrwert für die 53 Kommunen in der Region versprechen. Wir sind sicher, dass die europäischen Töpfe mehr für das Ruhrgebiet hergeben, als bisher in Anspruch genommen wird. Nicht jede Stadtverwaltung hat das Potential, die notwendigen Recherchen anzustellen und die Informationen transparent zu machen, die zur Generierung von Förderprojekten führen können.

Außerdem geht es darum, die Interessenlage unserer Region in die Diskussion über Prioritäten, Bedingungen und Verfahren der nächsten Förderperiode in Düsseldorf und Brüssel einzubringen. Da einige große Mitgliedskörperschaften, diese Aufgabe schon angegangen sind, da sich hier im Hause ja nichts tat, ist Zusammenarbeit und Abstimmung angesagt und notwendig. Im Grundsatzbereich müsste sich Arbeit vor Ort erübrigen und kann durch Kooperation zu Kosteneinsparungen führen. Ich beschränke mich darauf, den positiven Ansatz hervorzuheben und verzichte auf die Wertung der kläglichen, zaghaften und halbherzigen Versuche in der Klink-Zeit.

4. Für die Projekte Emscher Landschaftspark und Route der Industriekultur hat der Regionalverband 2006 einen zukunftsweisenden Vertrag mit der von CDU und FDP geführten Landesregierung geschlossen. Dieser Vertrag sichert nicht nur die Finanzierung für 10 Jahre, sondern bringt auch Verpflichtungen für den RVR mit sich. Der Emscher Landschaftspark ist auf einem bestimmten vertraglich vereinbarten Niveau zu erhalten. Damit hat es im letzten Jahr erste Probleme gegeben, da der RVR nicht die eigentlich notwendigen Mittel bereitgestellt hat. Diese Wunde wird dieses Jahr behandelt. So ist es auch bei der Rückstellung für die Route der Industriekultur. Hier hat sich der Verband verpflichtet, bis zum Jahr 2017 insgesamt 25 Millionen Euro bereitzustellen. Das ergäbe eine jährliche Rate von etwa 2,5 Millionen Euro. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es dem Verband durchaus erlaubt ist, in einem Jahr einmal mehr, in einem anderen weniger bereit zu stellen. Allerdings hat der Verband in den letzten Jahren stets deutlich zu wenig eingestellt. In diesem Jahr sollen es 2,5 Millionen sein. Das ist der Durchschnittsbetrag, 2,4 Mio. € mehr als 2011, wo es nur 100 T€ waren, was wir kritisiert haben. Wir sind immer noch mit 2,5 Mio.€ bezogen auf die bisherige Vertragslaufzeit im Rückstand. Hier ist der wesentliche Teil der Verwendung der erhöhten Umlage[einnahme] begründet. Wir haben Verständnis dafür, dass die Regionaldirektorin sich von Altlasten ihres Vorgängers befreien will. Dies gilt auch für überfällige Sanierungsmaßnahmen am

Hauptgebäude des RVR, wo die Umwandlung des Kellers in einen Wasserspeicher droht.

5. Nach dem erfolgreichen Kulturhauptstadt-Projekt der Region begrüßen wir, dass die Kommunen der Metropole Ruhr und der Regionalverband Ruhr sich auf den Weg zur Bewerbung als „Grüne Hauptstadt Europas 2015“ gemacht haben. Wir , bedauern, dass in der bisherigen Außendarstellung die Rolle des Verbandes, der aus unserer Sicht für die Federführung prädestiniert ist, nicht kenntlich wird. Bereits am 20. Juni letzten Jahres hat diese Verbandsversammlung, übrigens auf Initiative der CDU-Fraktion, beschlossen eine derartige Bewerbung vorzubereiten und zu unterstützen. Ein regionales „Ja!“ liegt schon lange vor und es stimmt uns froh, dass auch z.B. auch die Städte Bochum, Dortmund und Essen solche Beschlüsse gefasst haben. Aber es besteht Anlass zur Sorge, dass sich einige mit Blick auf das Vorgehen ausgeschlossen fühlen könnten. Dieses große Projekt findet sich im Haushalt des RVR nicht wieder. Wir entnehmen den Vorlagen, dass aus Bochum, Dortmund und Essen und dem RVR zurzeit Mitarbeiter abgestellt sind – später soll es eine 12-köpfige Arbeitsgruppe werden - und dass die Broschüre über eine Sonderumlage, deren Höhe niemand kennt, neben der Verbandsumlage finanziert wurde. Und so sehr wir diese Bewerbung für richtig halten und darin Chancen für unsere Region sehen, so müssen wir doch erwarten, dass schon die Vorbereitungs- und Bewerbungsphase auf eine breite Basis gestellt wird und die gesamte Region – konsequenterweise auch an der Vorbereitung und Finanzierung beteiligt wird. Wir sehen darin, dass abgestellte Mitarbeiter in keinem Haushaltsplan oder Stellenplan des Verbandes oder einer Kommune der Region auftauchen, nicht nur haushaltsrechtliche Mängel, sondern leider auch Transparenzdefizite, die sich negativ auf die Motivation zum Mitmachen in Teilen der Region auswirken können. Daher werden wir heute an anderer Stelle die Verwaltung um Auskunft bitten, was es mit derartigen Sonderfinanzierungen auf sich hat. Wir haben ähnliches bei anderen

Projekten gesehen. Zu dem Ziel einer regionalen Bewerbung bekennen wir uns, hätten uns mehr Aktivitäten seitens der NRW-Landesregierung gewünscht, zumal doch die amtierende Ministerpräsidentin schon vor 2 Jahren ein neues Dekadenprojekt „EXPO Fortschrittsmotor Klimaschutz“ ankündigte. Der Bericht der Regionaldirektorin im Verbandsausschuss belegt, dass hier in zwei Jahren wenig passiert ist. So ist es gut, wenn wir die Bewerbung als Grüne Hauptstadt Europas vorantreiben. Wir haben den Bundesumweltminister gebeten, die regionale Ausrichtung der Bewerbung, die bisher in dem noch jungen Wettbewerb nicht vorgesehen ist, mit allen Möglichkeiten des Bundes zu unterstützen.

6. Das Kulturhauptstadtprojekt 2010 war von Anfang an auf Nachhaltigkeit angelegt. Folgeinitiativen erfordern natürlich auch finanzielles Engagement. Nach schier endlosen Diskussionen – besonders in der Runde der Hauptverwaltungsbeamten, also bei den Oberbürgermeistern und Landräten – stehen nun 4,8 Mio. €, je zur Hälfte vom Verband und vom Land finanziert bereit. Schade, dass dies nicht schon 2010 abgeklärt werden konnte und so 2011 vertan wurde.
  
7. Im Haushaltsplan ist vorgesehen, dass sich der RVR zukünftig um ein Verkehrsmanagement für die Region bemühen will. Ich kann diesen Punkt kurz fassen. Die Probleme der Region im Straßenverkehr, im Güterverkehr, im ÖPNV liegen auf der Hand und werden seit Jahren bemängelt. Allein, es ändert sich nichts. Wir begrüßen, dass die Regionaldirektorin sich das Thema zu eigen machen will. Zum Beispiel stellen sich folgende Fragen:
  - Wie kann der ÖPNV in der Region attraktiver und effizienter gemacht werden?
  - Wie erreichen wir eine bessere Vernetzung der Bus- und Bahnlinien?
  - Gibt es Möglichkeiten zur Vereinheitlichung technischer Infrastruktur (Stichwort: unterschiedliche Spurbreiten)?

- Brauchen wir 13 ÖPNV-Gesellschaften im RVR-Bereich, die alle ihr aufwendiges Eigenleben pflegen und jährlich hohe Defizite ausweisen?
- Welche Defizite im Fernstraßenbereich und im Eisenbahnnetz erfordern mit welcher Priorität welchen Aufwand?
- Welche Entlastung des Straßensystems sind von einem breiten Car-to-go-Angebot zu erwarten?
- Können wir im Rahmen einer Machbarkeitsstudie für den in der Diskussion befindlichen Fahrradschnellweg parallel zur A 40 eine Kosten/Nutzenanalyse erwarten?

Ob zu all diesen Fragestellungen die Überschrift „Verkehrsmanagement“ ausreichend ist, muss noch in den Beratungen geklärt werden. Wir erahnen den Umfang des Arbeitspaketes, erwarten die Unterstützung von Bund und Land und freuen uns, wenn die Klärung der Fragen endlich als regionale Aufgabe verstanden wird. Aktuell hoffen wir darauf, die gestrige Entscheidung in Gladbeck zur Finanzierung eines kommunalen Anteils von 2 Mio. € für den den notwendigen Lückenschluss in der A 52 zwischen der A 40 und Gladbeck kann nicht das letzte Wort über dieses regional so bedeutsame Projekt sein. Eine neue Landesregierung muss die notwendigen Planungen vorantreiben und die Bundesregierung die Finanzierung einplanen und sicherstellen.

Unser Ziel bleibt die Entwicklung der Region zu einer Metropole, die sich im internationalen Standortwettbewerb ihrer Größe entsprechend positionieren kann. Keine einzige Stadt hat die Chance, allein überhaupt wahrgenommen zu werden. Der Weg dahin führt vorrangig über mehr Zusammenarbeit, die den Prozess der Metropolenbildung befördert und gleichzeitig einen wirksamen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in den Städten leisten kann. Der RVR ist aufgrund seiner Struktur und der ihm schon jetzt übertragenen Aufgaben vorrangig gefordert, diese Zusammenarbeit zu organisieren, zu strukturieren und zu steuern. Hierzu muss er mit Unterstützung der Mitgliedskörperschaften Kompetenzen aufbauen und

stärken. Im Ergebnis müssen sowohl die Qualität der zu erbringenden Dienstleistung wie auch die Kostenersparnis für die Kommunen gesichert sein. Als konkrete Arbeitsfelder bieten sich z.B. zeitnah an:

- Vermessungs- und Katasterwesen
- Geodaten und Statistik
- Forstverwaltung und –bewirtschaftung
- Gehalts- und Beihilfeabrechnungen
- Software-Abstimmung bei EDV-Anwendungen

Soweit rechtliche Hindernisse bestehen (z.B. im Katasterwesen) ist der Gesetzgeber gefordert, eine sinnvolle wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung zu ermöglichen.

Der Gesetzgeber muss sich ohnehin mit dem RVR beschäftigen. Die Weiterentwicklung des Verbandes erfordert eine Änderung des RVR-Gesetzes. Wir sollten damit allerdings erst nach Düsseldorf gehen, wenn wir hier im Hause alles getan haben, um einen Konsens zu finden. Der Ruhrgebiets-Fan-Club am Rhein ist bekanntlich – farbenunabhängig – nicht sehr groß. Jürgen Rüttgers hat vor einigen Jahren gefordert, das Ruhrgebiet muss sich selber organisieren. Richtig ist, dass der rechtliche Rahmen in Düsseldorf festgelegt wird. Die Verbandsversammlung sollte noch vor der Sommerpause in einer Resolution die Marschrichtung festlegen. Wir wollen gern einige Vorstellungen in die Beratungen einbringen, zum Beispiel:

- ⤴ Übernahme von Verfahren und Strukturen aus der Gemeindeordnung
- ⤴ Eröffnung aller Möglichkeiten des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit
- ⤴ Streichung der Austrittsoption
- ⤴ Direktwahl der Verbandsversammlung
- ⤴ neue Form der Einbindung der Hauptverwaltungsbeamten (2. Kammer) mit Beratungs- und Initiativrechten

- ⤴ die faktische Wahrnehmung von Mitwirkungsrechten bei der Vergabe von Fördermitteln nach § 9 LPIG erfordert eine Veränderung der Verwaltungszuständigkeit

Die CDU ist – trotz Wahlkampf – zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit.

Wir erkennen im Haushaltsentwurf der Regionaldirektorin ein Eingehen auf unsere Vorstellungen aus den letzten Jahren. Daher stimmt die CDU-Fraktion der Haushaltssatzung zu. Wir bedanken uns bei der allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Vorarbeit und die uns gegebenen Informationen.

Glück auf!